



Kommission für Wirtschaft und
Abgaben (WAK) des Nationalrates

3003 Bern

Bern, 18. März 2013

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Spitalgasse 34
Postfach · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69
Telefax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch
www.spschweiz.ch

Parlamentarische Initiative Öffentliches Beschaffungswesen. Ausbildung und Lehrlinge als Kriterium

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen. Gerne nehmen wir dazu Stellung.

Die SP Schweiz begrüsst die vorgeschlagene Änderung von Artikel 21 Absatz 1 des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB), die die Ausbildung von Lernenden der beruflichen Grundbildung als zusätzliches Zuschlagskriterium für öffentliche Aufträge ergänzt. Im Wissen zwar, dass die berufliche Grundausbildung keinen direkten Bezug zur nachgefragten Leistung hat und bei Ausschreibung oberhalb der internationalen Schwellenwerte keine diskriminierenden Kriterien gegenüber andere Staaten zur Anwendung kommen dürfen, erachtet die SP dennoch diese Ergänzung als richtig und wichtig.

Die Gefahr, dass ausländische Anbieterinnen und Anbieter Diskriminierung beanstanden könnten, erachten wir aus verschiedenen Gründen (Berücksichtigung von Praktikumsplätzen, nur geringe Gewichtung des Kriteriums und Möglichkeit der Kompensation bei ande-

ren Zuschlagskriterien etc.) als gering. Genauso kann aus Sicht der SP auch sichergestellt werden, dass nicht kleinere Unternehmen oder Start-ups gegenüber etablierten Unternehmen mit ausgebauten Lehrlingsabteilungen durch die Revision benachteiligt werden.

Der SP ist es aber ein Anliegen anlässlich dieser punktuellen Gesetzesänderung zur Erfüllung der Parlamentarischen Initiative 03.445 (Öffentliches Beschaffungswesen. Ausbildung von Lehrlingen als Kriterium) daran zu erinnern, dass zusätzlich zum Kriterium Ausbildung verbindliche soziale und ökologische Standards notwendig sind. Es muss darum umgehend eine Gesamtschau der Zuschlagskriterien im Beschaffungswesen und der Gewichtung derselben vorgenommen werden.

So sollen beispielsweise gesetzliche Grundlagen für Fair-Trade-Standards geschaffen werden, wie sie der EuGH in seinem Max-Havelaar-Urteil vom 10. Mai 2012 (Rechtssache C-368/10) für die EU vorsieht. Ebenso soll sichergestellt werden, dass die seit langem geforderten Qualitätsanforderungen an Sozialaudits für den Nachweis der ILO-Kernkonventionen endlich der Öffentlichkeit vorgestellt werden können. Der Bundesrat hat am 24.10.2012 in Beantwortung der Interpellation 12.3692 (Nachweis für die Einhaltung der ILO-Kernkonventionen und Transparenz beim öffentlichen Beschaffungswesen) zugesichert, dass die entsprechenden Arbeiten laufen und anschliessend auch über die Ergebnisse informiert wird.

Weiter erachtet es die SP als entscheidend, dass erneut die Bemühungen für national harmonisierte Grundlagen des Beschaffungswesens vorangetrieben werden. Wie die SP bereits 2008 in der Vernehmlassungsantwort auf den Totalrevisionsentwurf des BöB festgehalten hat, ist es „zur Bekämpfung des Klientelismus, der Förderung des sozialen Zusammenhalts und nachhaltigen Entwicklung sowie aus wachstumspolitischen Gründen richtig, für das öffentliche Beschaffungswesen die heutige Zersplitterung in 27 autonome Beschaffungsordnungen in der Schweiz zu überwinden und in einem Gesetz für alle Staatsebenen zusammenzufassen“.

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz



Christian Levrat
Präsident



Stefan Hostettler
stv. Generalsekretär/ Leiter Politik